Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7. Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I. Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate u. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 174. Dienstag 25. Juni 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* In Weimar wurde gestern das Landesdenkmal für den verstorbenen Großherzog Karl Alexander enthüllt. (S. Dtschs. R.)

* Am Sonntag verhandelte eine öffentliche Landeskonferenz der Bergarbeiter Sachsens über Wünsche zur Abänderung des Berggesetzes. (S. Dtschs. R.)

* Der Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine Deutschlands wird den Grafen Posadowsky zum Ehrenmitglied ernennen.

* Im zweiten Rennen um die Coupe de France siegte wiederum die französische Jacht „Armen“ vor der deutschen Jacht „Felca“ mit 12 Minuten Vorsprung.

* Die Erhebung des türkischen Zollzuschlages (11 Proz. statt 8 Proz.) beginnt heute.

* Gestern hielt die Seekriegskommission des Friedenskongresses eine Sitzung ab. (S. d. bes. Art.)

Posadowsky.

Ein Schmerz durchzieht die deutschen Lande: Graf Posadowsky ist gestürzt worden! Und nur der deutschen Eigenart, der Schwerblütigkeit, ist es zuzuschreiben, wenn dieser Schmerz sich nicht anders äußert, als in papierenen Klagen und wehmutvollen Zwiegesprächen. Die spöttische Erkenntnis dieses deutschen Wesens gab den Opportunitätspolitikern den letzten Anstoß, um sich des Lästigen zu entledigen. Von ihrem Standpunkte aus hatten sie Recht. Der Mann paßte nicht in den Kreis der Schönredner und Salonpolitiker. Nicht, daß er den höchsten Anforderungen der Aesthetik nicht entsprochen hätte. Der vornehme Mann war als Staatsmann, als Denker, als Redner, als Mensch, sogar als Erscheinung ein Kulturträger von feinster Durchbildung. Aber es fehlte ihm das Spielerische, es fehlte ihm das Prahlerische, der Anstrich der Welt, in der man sich langweilt. „Etwas Beschäftigung ist ganz nett“, sagte der Simplizissimus-Leutnant, „sie darf nur nicht in Arbeit ausarten“. Bei Posadowsky artete jede Beschäftigung in Arbeit aus. Er konnte nicht anders, als ernsthaft an jede Frage herantreten. Wo andere nur das Ziel und die Oberfläche sehen, da sah er zugleich auch die Schwierigkeiten. Das hinderte ihn naturgemäß, sich den immer für irgend etwas begeisterten, den Stürmern zuzugesellen. Es hat ihn aber nie an der ehrlichen Arbeit für seine hohen sozialen Ziele gehindert. Fest hat er die Arbeit angepackt, auch wenn es manchmal scheinen mochte, als lähme die Wucht des Erkenntnisses und der Bedenken die Tatkraft. Immerhin machte ihn seine Tiefgründigkeit, seine aufrichtige Verachtung alles Dilettantentums und alles unehrlichen Scheinwesens zu einem häufig unbequemen Mitarbeiter machen. Aber es hat sich doch gezeigt, wie diese gut deutsche Echtheit seines Wesens und Wollens auf die Dauer die Kritik aller ehrlich Mitstrebenden entwaffnet hat, wie sie herausleuchtete aus der ganzen Umgebung als ein Vorbild der Mannhaftigkeit. Und die Erkenntnis dieser großen Ehrlichkeit und nie geübten Sachlichkeit ist es gewesen, die ihn dem deutschen Volke in allen sozial empfindenden Teilen wert gemacht hat, und die seinen Verlust jedem Einzelnen als persönlichen Schmerz und als Unbill empfinden läßt. Beauftragte Federn sind eifrig am Werke, um sein Bild dem deutschen Volke zu entfremden, und es dauert vielleicht nicht mehr lange, so wird dieser Mann als Repotenzücher hingestellt werden. Das ist so ziemlich die ärgste Fälschung, die man sich denken kann. Es war wirklich nicht vorteilhaft, zu den verdächtigen Posadowsky-Verehrern zu gehören, wenn man nicht die persönliche Befriedigung aus dem Verkehr mit dem bedeutenden Menschen als Lohn ansehen will. Der Mann gehörte gar nicht zu den Praktikern der Stimmungsmache, und seine Gunstbeweise bestanden ausschließlich, seiner ganzen durchgeistigten, leicht asketenhaften Art entsprechend, in der Gewährung fachlicher Gespräche und vertrauensvoller Einblicke in seine Arbeit. Es gibt, wie man zugeben wird, zugkräftigere Belohnungen für Wohlverhalten, und deren Anwendung hat sich noch immer als recht probat erwiesen.

Es ist wahr, dem Grafen Posadowsky hat es das Geschick versagt, in einem ragenden Gesetzeswerk sich ein Denkmal zu setzen. In Flickarbeit mußte er seine Kraft erschöpfen, vielfach angefeindete und tatsächlich unzulängliche Gesetze mußte er vertreten, und manche Arbeit wurde umsonst getan. Das Werk, an das er seine ganze Kraft setzte, und das seinen Ruhm auch dem Gleichgültigsten verkündet hätte, die Zusammenfassung der Versicherungsgesetze, muß er unvollendet zurücklassen — vielleicht der herbste Schmerz, der dem vollkräftigen Sechziger jetzt angetan wurde. Aber das Wirken dieses Staatssekretärs für Sozialpolitik ist nur zu verstehen und zu würdigen aus seinen Amtsbedingungen heraus. In erster Linie hat jeder Staatssekretär, vielleicht mit alleiniger Ausnahme des Vertreters des Auswärtigen Amts, Mandatar des Bundesrats zu sein. Und der Bundesrat ist numerisch fast zur Hälfte, praktisch noch weit mehr von Preußen abhängig. Und was man in Preußen zum Beispiel unter Koalitionsrecht versteht, das braucht hier wohl nicht erörtert zu werden. Also nur in ganz bestimmten Grenzen konnte Graf Posadowsky seine Absichten realisieren. Er mußte sich begnügen, daß alle seine Maßnahmen Fortschritte gegenüber dem Bestehenden darstellten, daß Schritt für Schritt, aber mit unermüdlicher Zähigkeit, gegen die mächtigsten und gehässigsten Feindschaften, das soziale Werk des Ausgleiches gefördert wurde. So hat man die Tätigkeit dieses ersten aller lebenden Sozialpolitiker zu verstehen, und dann wird man ihr die höchste Bewunderung nicht versagen können.

Der Entwickelungsgang dieses Mannes ist wie der ganze Mensch eigenartig. Posadowsky übernahm das Reichsamt des Innern, nach der Episode im Reichsschatzamt, noch von den agrarischen Problemen erfüllt, die ihn als Landeshauptmann von Posen beschäftigt hatten. Und Zeit seines amtlichen Lebens hat er in der Landwirtschaft einen der wichtigsten Faktoren unseres wirtschaftlichen Lebens erblickt und sie in den verflossenen schwierigen Zeiten zu schützen gesucht. Manche meinen, in Ueberschätzung des Notwendigen. Indessen das hat nicht im Geringsten vermocht, seinen Blick für die industrielle Entwickelung zu trüben. Er erfaßte mit unzebrochener Arbeitslust seine neue Aufgabe, wuchs mit allen Fasern in sie hinein, erkannte die Ratlosigkeit der konservativen Grundsätze diesen neuen sozialen Problemen gegenüber und wurde ein Typ, der in noch recht wenig Exemplaren vertreten ist. Er wurde ein Agrarliberaler. Ob diese Gattung eine Zukunft hat? Vielleicht stellt sie das Realisierbare an der Bülowschen Paarungsidee dar, wenn auch nicht zuverkennen ist, daß starke innere Spannungen in dem Begriff vorhanden sind. Was heute noch als Dogma für die agrarischen Standesvertreter gilt, müßte noch wesentlich umgeformt werden, um sich mit aufrichtigem Liberalismus vertragen zu können. In Posadowsky jedoch war diese Verschmelzung zur Einheitlichkeit geklärt. Und es sei hier wiederholt, was schon gestern über ihn gesagt wurde, daß an seinem von ihm selbst übrigens verkannten Liberalismus gar kein Zweifel sein kann. Er hatte den Glauben an die Allmacht der Autorität glatt abgestreift, war auch absolut kein Zyniker, der aus Zweckmäßigkeitsgründen an einer Farce Gefallen gefunden hätte. Und er trug eine große Liebe zu unseren arbeitenden Bolksgenossen in seinem Herzen und ein festes Vertrauen in ihre ethische Gesundheit. Das sind so wesentliche Merkmale liberaler Anschauung, daß man den Mann ruhig als Liberalen ansprechen kann, auch wenn er in keine unserer Parteischablonen hineinpassen sollte. Und gerade diese innerliche Ablehr von den konservativen Glaubenssätzen, von ihrem robusten Egoismus und ihrer Verständnislosigkeit für alle Erfordernisse der Zeit des allgemeinen Schulzwanges machte ihn zum Gegenstand des Hasses aller Reaktionäre. Ingrimmig sehen die Oldenburg, die Gamp und die anderen Ritter in ihm ihren schärfsten Widersacher. Sie alle armen auf und hoffen auf einen Nachfolger, der unter Wahrung des Scheines der Sozialfreundlichkeit ihre Geschäfte besorgt. Herr v. Bethmann-Hollweg mag sich in acht nehmen.

Um noch kurz auf die höchst seltsame Geschichte seines erzwungenen Rücktritts einzugehen, sei hier auf ein Faktum aufmerksam gemacht, das bisher kaum beachtet worden ist. Man erwartete von dem Fürsten Bülow, daß er in Kiel mit den Führern jener Gegenpartei abrechnen würde, die ihn in ebenso geschickten wie perfiden Zeitungsartikeln zu diskreditieren gesucht hatten. Es konnten nur Ultrakonservative sein, die jene „Lokal-Anzeiger“-Notizen lancierten. In dies Wespennest zu greifen, hat sich der preußische Ministerpräsident aber wohlweislich gehütet. Der schönen Paarungsidee wurde dadurch Rechnung getragen, daß Herr v. Studt durch einen anderen Konservativen und Graf Posadowsky durch den schöngeistigen Konservativen v. Bethmann ersetzt wurde. Die Paarung beschränkt sich also nach wie vor darauf, daß die Konservativen regieren und die Liberalen den Regierenden applaudieren dürfen. Zum Regieren selbst werden sie nicht für reif und würdig befunden. Zur Versöhnung ihres gerechten Zornes aber wird ihnen zuliebe, ausschließlich ihnen, Posadowsky geopfert.

Man müßte sehr bitter werden, um die Stimmung im deutschen Volke, mit Einschluß der gesamten, auch der sozialdemokratischen und der ultramontanen Arbeiterbevölkerung, in den Kreisen der Intellektuellen, der Sozialpolitiker und mit alleiniger Ausnahme der Feudalpolitiker und Scharfmacher treffend zu schildern. Wohin man hört: Trauer und Zorn. Möge dem trefflichen Manne dies wahrhaft ergreifende Schauspiel der Dankbarkeit eines ganzen Volkes die Scheidestunde erleichtern und ihn stärken zu neuer fruchtbarer Arbeit.

Amerikanische Korruptionswirtschaft.

Amerika hat wieder einmal einen seiner bekannten Bestechungsprozesse: Bürgermeister Schmitz von San Francisco ist nicht nur wegen Bestechung angeklagt, sondern auch in einem Falle bereits verurteilt. Dies ist die erste Verurteilung in dem Antikorruptions-Feldzuge, der gegen ihn und seine beutegierigen Genossen nach unendlichen Schwierigkeiten eröffnet ist.

Bürgermeister Schmitz, ein deutscher Musiker und früherer Präsident der Musikergewerkschaft, wurde hauptsächlich auf Betreiben des Rechtsanwalts Abraham Ruef vor mehreren Jahren als Kandidat der Arbeiter in den Wahlfeldzug aufgestellt, den die Gewerkschaften gegen die Korruption in den städtischen Verwaltungen Friscos eröffneten. Er wurde dank der Unterstützung der Arbeiterschaft, des Votums der Deutschen und einer großen Anzahl unabhängiger Wähler, denen die allzeit in der städtischen Verwaltung blühende Korruption denn doch schließlich zu weit ging, als Bürgermeister gewählt. Aber anstatt den Augiasstall zu reinigen, hat Schmitz, zweifellos unter dem Einflusse Ruefs, ärger gewirtschaftet, als seine Vorgänger; es begann ein Tanz der Millionen, wie er bisher noch nicht beobachtet worden war. Ungeheure Bestechungssummen verschafften den Besitzern von Freudenhäusern und Spiellokalen alle möglichen und unmöglichen Freiheiten. Straßenbahn-, Licht- und Wasserversorgungs-Gesellschaften bekamen gegen klingende Münze jede Vollmacht, die sie wünschten, kleine Geschäfte mußten ebenfogut bluten, wie die großen Unternehmungen. Als nun das Erdbeben einen großen Teil der Stadt in Trümmer legte, und neues Leben aus den Ruinen zu schaffen war, begann erst die eigentliche Ernte. Die neuen Konzessionen in der neu aufzubauenden Stadt wurden gegen Spenden von vielen Millionen gegeben. So zahlte allein die Telephongesellschaft für das Recht, ihre Kabel in den neuen Straßenzügen zu legen, die Kleinigkeit von 315 000 Mark an Ruef. Erst auf Veranlassung des Deutsch-Amerikaners Rudolf Spreckels, des Sohnes des Zuckerkönigs, der Material gegen Ruef, Schmitz und die gesamten Mitglieder der Stadtverwaltung sammelte und 100 000 Mark dem Staatsanwalt zu Recherchen zur Verfügung stellte, ist schließlich die Anklage gegen Schmitz, Ruef und Genossen erhoben. Wenn man bedenkt, welche ungeheuren Anstrengungen gemacht sind, um Schmitz der Aburteilung zu entziehen, so kann man in diesem Falle einmal ganz besonders der amerikanischen Justiz dazu Glück wünschen, daß sie fest geblieben ist und energisch in das Wespennest gestochen hat.

Man könnte schließlich über den „Skandal Schmitz“ hinweggehen, wenn er vereinzelt wäre. Aber das ist nicht der Fall. In vielen Kommunalverwaltungen Amerikas ist die Korruption gleichsam in Permanenz erklärt. Die eine Partei läßt darin die andere ab, und New York, die größte Stadt des Landes, kann sich mit ihrer Kollegin am Stillen Ozean in den zweifelhaften Ruhm teilen, durch die „Männer der Halle“ das Bestechungswesen in die Form fester Organisationen gegossen zu haben. Wie die Union im Zeichen des Imperialismus, so steht sie auch im Zeichen des „boodle“ das Wort bezeichnet auf unehrliche Weise in Aemtern erworbenes Geld). Boodleprozesse sind daher im Norden und Süden, im Osten und Westen der Union etwas ganz Gewöhnliches. Sagte doch vor einiger Zeit sogar der Bürgermeister von Chicago, Harrison, über die Spitzbübereien seiner Beamten: „Dieses Haus (Rathaus) ist voll von Spitzbuben, großen und kleinen. Man weiß es, aber man kann es nicht beweisen.“ Als in Chicago ein Schriftsteller Material für eine große Zeitschrift sammelte, führte ihn sein Weg auch zu jenen Kreisen, die die eigentlichen Urheber der Korruption sind. Er sagt darüber: „Ich brachte einen ganzen Vormittag damit zu, Bankpräsidenten, große Geschäftsleute und Finanziers, die an bedeutenden öffentlichen Verkehrsunternehmungen interessiert sind, zu besuchen. Obwohl ich schon anderswo die Beweise dafür erhalten hatte, daß diese Leute die Hauptquelle der Korruption sind, war ich doch auf die Sensation dieses Tages nicht vorbereitet. Diese finanziellen Führer von Chicago waren einfach wütend. Mit einer einzigen Ausnahme waren sie so aufgebracht, daß sie sich nicht einmal anständig benehmen konnten. Sie wurden rot im Gesicht und schimpften auf die Reform. Sie sagten, diese schade dem Geschäft; sie schade der Stadt. Anarchismus und Sozialismus nannten sie die Reform.“

St. Louis in Missouri dürfte heute neben dem fast ganz deutschen Milwaukee korruptionsfrei sein, nachdem der energische Distriktsanwalt Volk durch sein schneidiges Vorgehen gegen die Boodlers vor einigen Jahren in ganz Amerika sich Berühmtheit verschaffen konnte.

Wie die Beamten der Kommunalverwaltungen, machen es auch die der Staatsverwaltung. Allen voran marschiert auf dem Gebiete der Korruption die Post. In Amerika jagt ein Postskandal den andern. Unter den dunklen Ehrenmännern der Postverwaltung verstehen es einige in geradezu überraschender Weise, sich auf Kosten des Staates zu bereichern. Die Lieferanten müssen nicht nur für wirklich gelieferte Gegenstände hohe Provisionen an die Beamten zahlen, sondern brandschatzen direkt im Einvernehmen mit diesen Beamten die Verwaltung, indem sie über nicht gelieferte Gegenstände hohe Rechnungen einreichen, deren Betrag sie sich mit jenen teilen. Natürlich wird dieser Schwindel im Großen betrieben, und so ist es begreiflich, daß in einem einzigen Fiskaljahre der „Superintendent“ der Utensilienabteilung allein für 10 000 Dollars mehr Tinte und zu viel höheren Preisen verbraucht als sein etwas ehrlicherer Vorgänger. Sehr verbreitet ist im amerikanischen Postwesen der „Trick“, in den Gehaltslisten Bureaugehilfen zu führen, die niemals nach dem Bureau kommen, sondern ihren bürgerlichen Beruf nach wie vor betreiben. Diese Beamten erfahren sogar, natürlich gegen einen Händedruck, bei dem eine genügende Anzahl von Goldstücken kleben bleibt, eine Beförderung in ihrer Stellung und selbstverständlich auch in ihrem Gehalte.

Es würde zu weit führen, in diesen postalischen Sumpf tiefer hineinzuleuchten und noch andere Einzelheiten der Korruptionsseuche im Postwesen aufzuzählen. Von den Staatsbeamten gehen wir über zu den Politikern und Gesetzgebern. Ein Muster eines solchen Gesetzgebers war der frühere Brooklyner demokratische Kongreß-Repräsentant. Keiner wußte mit größerer Entrüstung im Kongreß die fulminantesten Reden gegen die amtliche Verschwendung zu halten, und keiner von seinen aufmerksamen Zuhörern hatte eine Ahnung davon, daß dieser Ehrenmann im selben Augenblick die Regierung betrog, indem er gegen hohe Summen und dem Geldspind einer New Yorker Firma deren automatischen Kassierer zu unverschämt hohen Preisen den verschiedenen Regierungsdepartements aufschwatzte. Man weiß ferner, daß eine große Anzahl Senatoren aus dem Westen sich an dem Landschwindel beteiligen, Regierungsland widerrechtlich verkauften und sich durch hohe Summen bestechen ließen, als es galt, die Niagara-Bill, durch die die Niagarafälle als elektrische Kraftstationen in Anspruch genommen werden sollten, durchzubringen. Die Vorlage führte direkt den Namen „Niagara-Gauner-Bill“ und der einzige Mann im Senate, der sie angriff, der Senator Marks, nannte sie „die großartigste Räuberei, die jemals von der Legislatur zum Vorteil einer Gesellschaft durchgeführt wurde.“

Muster von Gesetzgebern sind auch die Abgeordneten der gesetzgebenden Körperschaft des Staates Kalifornien. Nicht nur, daß sie versucht haben, vor einigen Wochen durch Aenderung der Strafgesetze die Freisprechung der oben genannten Millionendiebe herbeizuführen, haben sie sich selbst zunächst eine ordentliche Tageseinnahme gesichert. Ihre erste Vorlage galt der Bewilligung von 25 Dollars täglich für jedes Mitglied des Senates und 16 Dollars für jedes Mitglied des Unterhauses. Diese Zuwendungen, die sich für die 60 Tage dauernde Session auf 160 000 Dollars belaufen, werden der Staatskasse unter dem Vorwande entnommen, daß sie zur Bezahlung der Angestellten der Abgeordneten diene. Die 120 Abgeordneten haben 500 Angestellte, und da es bei dem besten Willen unmöglich ist, diese Heerschar der Beutehungrigen im Legislaturgebäude unterzubringen, so finden sich die meisten nur alle zehn Tage ein, um sich das ihnen bestimmte Geld zu holen. Nicht genug damit, bewilligten sich die Mitglieder der Ausschüsse auch noch 10 Cents (45 Pfg.) für jede Meile, die sie auf Reisen zu Besichtigungen der Staatsanstalten zurücklegen. Natürlich brauchen sie von diesem Gelde für sich keinen Pfennig zu verwenden, denn sie haben nicht nur allenthalben, wo sie eintreffen, freie Verpflegung, sondern auch für sämtliche Bahnlinien ein Freibillett. Ueberhaupt bilden diese Freikarten und andere Vorteile, die die Kongreß- und Legislaturmitglieder von den Eisenbahngesellschaften erhalten, einen sehr wunden Punkt im wirtschaftlichen Leben Amerikas. Die kalifornische Legislatur z. B. ist direkt der Southern Pacificbahn, der mächtigsten Korporation des Staates, mit Haut und Haaren, Leib und Seele verschrieben. Sie stellt die ihr genehmen Kandidaten auf, die natürlich ihre Interessen vertreten. Was die Southern Pacificbahn durch ihren Vizepräsidenten den Abgeordneten befiehlt, das geschieht. Der leidtragende Teil sind natürlich die Steuerzahler, und so ist es nicht verwunderlich, daß in Kalifornien die Tarife für Personen- und Güterverkehr die höchsten sind, die es in den Vereinigten Staaten gibt.

Die I. Tagung des Nationalvereins.

Die erste Tagung des Nationalvereins hat unter ungemein starker Beteiligung in Heidelberg stattgefunden. Ueber die Ansprache des Professors Dr. Günther im Ausschuß haben wir schon berichtet. In der sich an diese Ausschußsitzung anschließenden Mitgliederversammlung gelangte folgende

Erklärung

zu einstimmiger Annahme:

„Die Mitgliederversammlung des Nationalvereins stellt mit Bedauern fest, daß eine nicht für die Oeffentlichkeit bestimmte Aeußerung des Generalsekretärs in der Presse so ausgelegt worden ist, als ob der Nationalverein eine einseitige Richtung einzuschlagen gedächte. Die Versammlung hat sich überzeugt, daß mit der erwähnten Aeußerung keineswegs eine Herabsetzung einer bestimmten liberalen Partei beabsichtigt war und bittet die Freunde der liberalen Einigung der mißverständlich aufgefaßten Angelegenheit keine weitere Beachtung zu schenken. Der Nationalverein kennt kein anderes Ziel, als die Einigung des Gesamtliberalismus und wird alles vermeiden, was irgend eine der bestehenden liberalen Parteien verletzen könnte.“

Generalsekretär Dr. Ohr (Tübingen) sucht alsdann die Bedenken zu zerstreuen, die gegen die Neugründung des Nationalvereins von liberaler Seite erhoben worden seien. Vor allem werde Wert darauf gelegt, die rege Verbindung zwischen den einzelnen Berufsständen und dem Liberalismus zu pflegen. Viele politisch Interessierte, die aus irgendwelchen Gründen sich keiner Fraktion anschließen wollen, aber doch sich zum Liberalismus bekennen, würden sich dem Nationalverein anschließen. Der Nationalverein solle gewissermaßen eine Volksakademie für politische Bildung werden. Er solle den politisch-tätigen Liberalen die erforderlichen Kenntnisse vermitteln, die für politische Kämpfe unerläßlich seien. Es empfehle sich, die Führer der politisch-liberalen Arbeiterorganisationen in den rein politischen Vereinen sprechen zu lassen und umgekehrt.

Die programmatische Rede

hielt Professor Dr. Gothein (Heidelberg). Er zog in scharfen Ausführungen die Grenzlinien gegenüber den verschiedenen Parteien. Zunächst setzt er sich mit den Konservativen auseinander. Den Block hielt er nur für eine vorübergehende Erscheinung. Die Liberalen müßten von den Konservativen lernen, wie man sich Einfluß verschafft und wie man äußere Machtmittel entfalte. Durch die konservativ-liberale Paarung hätten die Liberalen die Wehrkraft und die Hochhaltung der Macht des Reiches kennen gelernt. Für diese nationalen Bewilligungen sei keine besondere Belohnung notwendig, wohl aber für das Entgegenkommen der Liberalen gegenüber der Politik des Reichskanzlers. Der große Block könne für das Reich Geltung haben, in den Einzelstaaten lägen die Verhältnisse anders. Der Redner wandte sich dann in den schärfsten Worten gegen die Ahnen des Konservativismus. Er sprach von einem demagogischen Agrariertum, das seine eigensüchtigen Zwecke verfolge, und ferner wandte er sich gegen die Antisemiten, die jeder anständige konservative Mann von sich abschütteln müsse. Denn der Antisemitismus sei keine politische, sondern eine perverse Richtung, mit der man keinen Händedruck tauschen dürfe. Der Kampf gegen das Zentrum sei für die Liberalen von großer Notwendigkeit. Dieser Kampf solle aber nicht etwa ein Kulturkampf gegen den Katholizismus sein. Es müsse nur die konfessionelle politische Partei bekämpft werden, die im wirtschaftlichen und politischen Leben ein Unding sei, und die jede gesunde Entwickelung lahmlege. Diese Eiterbeule, um mit Dernburg zu sprechen, müsse aufgestochen werden. Der Sozialdemokratie mache der neue Verein zum Vorwurf, daß sie die Betätigung des einzelnen verhindere und nur das Parteidogma herrschen lassen wolle. Infolgedessen würde sie nie eine gesunde Sozialpolitik zustande bringen. Wir sind nicht ängstlich in der Zumessung der Rechte für die Arbeiter, wir bekämpfen aber die politische Sozialdemokratie, wie sie sich uns jetzt zeigt, ebenso wie das Zentrum. Nur mit einem Unterschiede: Das Zentrum wollen wir sprengen, die Sozialdemokratie aber wollen wir innerlich umwandeln. Vor allem ist die Taktik der Sozialdemokratie durchaus schädlich, indem sie die Unzufriedenheit und den Neid der Massen nährt, weil sie dadurch für ihre Zwecke werben und die Massen sammeln will. Solange sie ihre kindische Demonstration gegen die Monarchie nicht aufgibt, und mit der Revolution kokettiert, stellt sie sich außerhalb jeder praktischen politischen Arbeit.

Der neue Name für den Verein.

Da man vielfach Kritik an dem Namen des Vereins geübt hatte, der doch nicht nur nationalen, sondern gerade auch mit ihnen verbundenen liberalen Gedanken und Zielen dienen solle, so wurde als neuer Name gewählt:

Nationalverein für das liberale Deutschland.

Ein Antrag auf Anschluß der Frauen als Mitglieder rief eine scharfe Aussprache hervor. Der Antrag wurde schließlich mit großer Majorität abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, den diesjährigen Vorstand provisorisch weiter zu behalten und durch Zuwahlen zu ergänzen. Auch der geschäftsführende Ausschuß soll fortbestehen. Einzelne Ortsgruppen sollen nicht gegründet werden, wohl aber dürfen sich

SLUB
Wir führen Wissen.